

„Islam ist nicht gleichbedeutend mit Fundamentalismus“

Interviews mit den migrationspolitischen Sprechern der Fraktionen

Bei den Bemühungen um Integration von Migrantinnen und Migranten nimmt Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle ein. Als erstes Bundesland hat der Landtag NRW in der letzten Wahlperiode einen Ausschuss für Migrationsangelegenheiten eingerichtet. Über Erfolge, Ziele, aber auch Schwierigkeiten sprach Landtag intern mit den vier Ausschusssprecherinnen und -sprechern der Fraktionen: Britta Altenkamp (SPD), Thomas Kufen (CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP) und Sybille Haussmann (GRÜNE).

Terroranschläge fundamentalistischer Islamisten nehmen zu. Wie kann der Ausschuss dagegen in NRW vorgehen?

Altenkamp: Primär ist das nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, vermittelnd zu wirken. Wir merken allerdings schon, dass die Sensibilität beim Thema Fundamentalismus größer geworden ist. Wir haben uns beispielsweise über die Vorgänge an der König Fahad Akademie unterhalten. Da gibt es immer wieder Bedenken und Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern, die an uns herangetragen werden. Wir dürfen dabei nicht allen Tendenzen nachgeben, aber wir müssen versuchen, auf der einen Seite die aktuellen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen. Auf der anderen Seite müssen



Thomas Kufen (CDU)

Kufen: Ich glaube, dass man in den vergangenen Jahren eine andere Sichtweise bekommen hat. Die

Haussmann: Fundamentalismus zu bekämpfen ist in erster Linie Aufgabe der Polizei und des Verfassungsschutzes. Beim Thema Prävention ist natürlich wieder der Ausschuss gefragt. Wir müssen dafür sorgen, dass die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten so organisiert wird, dass sie sich nicht permanent als diskriminierte Gruppe in NRW fühlen müssen. Dazu haben wir die Integrationsoffensive beschlossen. Der Ausschuss hat schon einige gute Maßnahmen auf den Weg gebracht, z.B. den Integrationsbeauftragten. Er ist das Bindeglied zwischen den MigrantenInnen und der Landesregierung, was wir benötigen, um an dieser Stelle Kommunikation und Austausch zu verbessern. Zurzeit sind wir jedoch in unserer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, da wir auf zwei wichtige Bundesgesetze – das Zuwanderungs- und das Anti-Diskriminierungsgesetz – warten müssen.

NRW hat viel zur Integrationsoffensive beigetragen. Wie könnte in Zukunft die Integration in die Gesellschaft besser voranschreiten?

Altenkamp: Wir haben uns im Ausschuss intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Ausländerbeiräte gestärkt werden können. Wir haben diskutiert, die Gemeindeordnung zu ändern und Migrationsausschüsse zu gründen. Wir sind jedoch übereingekommen, die Gemeindeordnung nicht zu ändern. Nach der Gemeindeordnung ist es zwingend erforderlich, dass Ausschüsse immer die Mehrheitsverhältnisse des Rates abbilden. Deshalb ist es schwer einen Ausschuss zu bilden, in dem direkt gewählte Migranten eine Mehrheit bilden. Mit Hinweis auf die Experimentierklausel, Paragraph 126 GO, haben wir uns daher dafür ent-

schrecklichen Ereignisse haben dazu beigetragen. Die Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, haben neben ihrer Kultur auch ihre Religion mitgebracht. Der Islam ist mittlerweile die drittgrößte Glaubensgemeinschaft mit fast einer Million Muslime allein in NRW. Daran zeigt sich auch, dass Integration manchmal besser funktioniert hat, als viele das wahr haben wollen. Die Politik hat mittlerweile erkannt, dass wir den Dialog mit dem Islam suchen müssen. Islam ist nicht automatisch gleichbedeutend mit Fundamentalismus. Unsere Aufgabe ist es, Menschen muslimischen Glaubens vor Stigmatisierung zu schützen. Aber für islamistischen Fundamentalismus darf es keine Toleranz geben. Islamistische Einrichtungen müssen sich zur Einhaltung unserer Spielregeln verpflichten.



Britta Altenkamp (SPD)

wir versuchen, Vermittler zu bleiben und Integration weiterhin zu ermöglichen. Das ist die schwierige Doppelaufgabe, die wir zu erfüllen haben.

schieden, dass die jeweilige Kommune selbst entscheiden kann, wie viel Entscheidungsmöglichkeiten der Ausländerbeirat haben soll. Letztlich ist das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten der beste Weg zu mehr Partizipation. Leider fehlt uns hierfür die für Verfassungsänderungen nötige Zweidrittel-Mehrheit.

Kufen: Wir brauchen eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Im Moment leisten die Kommunen die

meiste Integrationsarbeit. Das ist vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzausstattung auf Dauer nicht tragbar. Deshalb brauchen wir einen Konsens über die Zuständigkeiten bei der Integration. Das haben wir momentan noch nicht und das ist unser Kritikpunkt. Unsere Landesregierung erklärt ihre Untätigkeit in diesem Bereich damit, dass das Zuwanderungsgesetz auf Bundesebene noch nicht vorliege und somit die gesetzliche Grundlage fehle. Ich halte das für falsch, zumal Integration im Zuwanderungsgesetz deutlich unterbelichtet ist. Die CDU-Fraktion hat ein Integrationsgesetz vorgelegt, um jetzt schon eine Grundlage zu schaffen, um Fördern und Fordern in Gleichklang zu bringen. Wenn man verlangt, dass alle Migrantinnen und Migranten die deutsche Sprache beherrschen, dann muss ich auch entsprechende Angebote wie z.B. Sprachkurse machen.

Dr. Dreckmann: Die FDP-Fraktion hat den Antrag eingebracht, an Stelle der Ausländerbeiräte Ausschüsse für Migration und Integration nach dem LAGA-Modell einzurichten. Dass ist leider im Plenum abgelehnt worden, und zwar – was mich verwundet hat – auch mit den Stimmen von Rot-Grün. Wir halten an unserem Konzept fest. Ich werde versuchen, dass wir in Bochum ein Modellprojekt dazu anregen können, auch wenn uns jetzt vom Innenminister Steine in den Weg gelegt worden sind. Darüber hinaus kämpft die FDP weiterhin dafür, dass auch Migranten, die nicht zur EU gehören, das kommunale Wahlrecht bekommen. Dann müssen wir natürlich dafür sorgen, dass mehr Sprachkurse an den Schulen eingerichtet werden und dass Migrantenkinder schon im Kindergartenalter deutsch lernen. Die Bemühungen in diese Richtung sind bereits angelaufen, könnten aber noch deutlich forciert werden.



Sybille Haussmann (GRÜNE)

Haussmann: Die Grünen wollten den Paragraf 27 der Gemeindeordnung ändern und allen größeren Kommunen vorschreiben, dass sie in Zukunft keine Ausländerbeiräte, sondern stattdessen Integrationsausschüsse gründen sollten. Hier wäre erstmalig eine Institution geschaffen worden, wo sich die Ratsfraktionen und die Migrantenvertreter hätten austauschen müssen. Dieses Vorhaben mussten wir zurückstellen, da unser Koalitionspartner und ins-

besondere die Kommunen damit nicht einverstanden waren. Wir haben im Ausschuss diskutiert und im Plenum den Beschluss gefasst, das Instrument der Experimentierklausel im Rahmen der Gemeindeordnung stärker zu nutzen ist. Darüber hinaus ist unser Anliegen nach wie vor ein kommunales Wahlrecht auch für nicht EU-Angehörige. Alles, was wir stattdessen an Partizipationsmöglichkeiten bieten, bleibt eine Krücke.

Wie trägt der Ausschuss dazu bei, dass die Arbeitsbedingungen für Migrantinnen und Migranten verbessert werden?

Altenkamp: In NRW haben wir im Bundesdurchschnitt die meisten Abiturienten mit Migrationshintergrund. Das ist ein Erfolg. Andererseits ist die Gruppe derjenigen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen, größer, als diejenige, die Abitur machen. Wir müssen daher die Migrantinnen und Migranten immer wieder darauf hinweisen, dass ein Schulabschluss und eine Ausbildung die Grundvoraussetzungen sind, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können. Dazu gehört natürlich besonders die Sprachkompetenz. Gleichzeitig müssen junge Migranten flexibler werden, was die Wahl des Ausbildungsberufes und des Ausbildungsortes betrifft. Viele von ihnen sind sehr ortsfixiert oder haben falsche Vorstellungen über Ausbildungsberufe, die sie anstreben. Darüber hinaus ist aber auch mehr Flexibilität bei den Ausbildungsbetrieben gefragt.

Kufen: Integration ist kein Selbstläufer. Um Integration voranzutreiben, brauchen wir Vorbilder, die vorleben, dass man auch eine positive Biografie vorweisen kann, wenn man aus einem sozialschwachen Umfeld kommt. Nach wie vor sind 50 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Migrantinnen und Migranten An- oder Ungelernte. Für eine erfolgreiche

Integrationsarbeit gehören Sprache und Bildung zusammen. Die Sprache allein reicht nicht aus. Beides zusammen ist die zwingende Voraussetzung, damit sich Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt behaupten können. Deshalb müssen wir beides fördern. Tun wir das nicht, ist der Weg in die Arbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe vorprogrammiert.

Dr. Dreckmann: Solange wir es nicht schaffen, dass Menschen mit Migrationshintergrund wirklich ausgezeichnet die deutsche Sprache sprechen, haben sie einfach geringe Chancen in dieser Gesellschaft. Wir müssen ihnen aber auch die Chance geben, die Sprache zu erlernen. Wir müssen zudem Überzeugungsarbeit bei den Eltern leisten, dass es wichtig ist, nicht nur die Schule zu absolvieren, sondern auch anschließend eine Ausbildung zu machen. In dem Bereich hat der Ausschuss noch eine ganze Menge zu leisten. Auch in Zusammenarbeit mit der Industrie und den Handwerkskammern. Wir müssen verstärkt dafür werben, dass die Betriebe Menschen mit Migrationshintergrund eine Chance geben. Darüber hinaus ist es



Dr. Ute Dreckmann (FDP)

Fotos: Schälte

wichtig, dass Migrantinnen und Migranten vermehrt im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Und wir müssen dafür sorgen, dass junge Migranten, die hier geboren werden, auch hier studieren und hochqualifizierte Berufe ergreifen.

Haussmann: Der Ausschuss hat gerade einen Antrag beschlossen, mit dem wir die Mehrsprachigkeit von Migrantinnen und Migranten fördern wollen. Das ist eine wichtige Kompetenz, die sie vielen von uns voraushaben. Unsere Intention ist, in den Schulen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass beide Sprachen, die ein Kind mitbringt, gepflegt und weiterentwickelt werden. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Antrags ist es, bilinguale Schulprojekte zu fördern. Auf der anderen Seite versuchen wir mit der Kampagne „Chance NRW“ Firmen dafür zu sensibilisieren, jugendliche Migranten in Ausbildungen zu nehmen.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.